Der SPD-Bundesparteitag möge beschließen:

Hauptamtliche Strukturen stärken:  
feste AnsprechpartnerInnen für  
Engagement und Vielfalt

Die Landesverbände und Bezirke der SPD schaffen die Stelle eines/einer Engagementbeauftragten als zentrale Anlaufstelle für neue und alte Parteimitglieder, die Angebote entsprechend der Kompetenzen und des Zeitbudgets des jeweiligen Mitglieds macht und diese auch innerhalb der Parteistrukturen mit den relevanten AnsprechpartnerInnen vernetzt.

Die Landesverbände, Bezirke und der Parteivorstand schaffen außerdem die Stelle eines/einer Vielfaltsmanagers/in, der Parteistrukturen und -Prozesse kontinuierlich hinsichtlich möglicher Engagementhemmnisse für eine Vielfalt an Menschen hat. Bei der Finanzierung dieser Stellen unterstützt der Parteivorstand.

Begründung:

Die hauptamtlichen Strukturen der Partei spiegeln vielerorts nicht die organisationellen Herausforderungen wider, vor denen die SPD steht. So gibt es auf fast allen Ebenen FachreferentInnen, wichtige Querschnittsthemen sind aber nicht personell besetzt und haben damit auch kaum Chancen, stringent und nachhaltig in der Partei vorangetrieben zu werden.

Die Mitglieder der Partei sind ihre wichtigste Ressource. Sowohl was Zeit und Engagement, aber auch was Wissen und Expertise angeht. Diese Ressource kann an vielen Stellen nur dort genutzt werden, wo es einen aktiven Kern an Mitgliedern gibt, die sich gut kennen. Die Fähigkeiten von neuen Mitglieder werden nicht systematisch abgerufen. Hierfür muss das Mitgliedermanagement der Partei deutlich verbessert werden und neue Prozesse aufgesetzt werden, damit auch bei langjährigen Mitgliedern oder z.B. Mitgliedern, die umziehen, die Einbindung erleichtert wird. Hinzu kommt, dass für Menschen, die noch nicht lange in der Partei sind, die Strukturen und Möglichkeiten, sich zu engagieren, mehr als unübersichtlich sind. Langjährige Parteimitglieder und hauptamtliche MitarbeiterInnen setzen jedoch oftmals voraus, dass die Strukturen des Engagements in der Partei sehr verständlich sind. Um dies aufzubrechen, soll es bei jedem Landesverband zentrale Engagementbeauftragte geben, die über Engagementmöglichkeiten informieren, (Neu)Mitglieder an die richtige Stellen verweisen und ein auf das Zeitbudget der Personen zugeschnittenes Engagementangebot machen.

Alleine durch diese Maßnahmen kann die Engagementschwelle sinken und sich auch die Zusammensetzung der aktiven Mitglieder heterogener gestalten. Zusätzlich braucht es aber in jedem Landesverband und auf Bundesebene sogenannte Diversity ManagerInnen mit Querschnittskompetenz, die alle Parteistrukturen und -prozesse daraufhin untersuchen, wie sie Diversity begünstigen bzw. behindern. Diese müssen mit Vorschlagsrecht beim Parteivorstand bzw. den Landesvorständen ausgestattet sein.